

men – trotz entgegengesetzter verbaler Beteuerungen – Müntefering und Machnig partiell Abschied von der SPD als Mitgliederpartei zu Gunsten einer Netzwerkpartei.

Blessing will sich der Erosion der Mitgliederpartei in erster Linie mit einer Aufwertung der SPD-Mitgliedschaft durch verstärkte Mitsprache entgegenstemmen. Durch basisbezogene Reformen der Organisationsstruktur und des innerparteilichen Entscheidungsprozesses wird die funktionale Relevanz der Parteimitglieder gestärkt und somit einer weiteren Funktionsentleerung der Basis entgegengetreten.

Dagegen nehmen Müntefering und Machnig konsequent Abschied von der ‚Fiktion der Mitgliederpartei‘ (Nickig). Sie setzen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und der sich wandelnden Sozialstruktur der Parteimitgliedschaft verbunden mit zurückgehenden Mitgliederzahlen überwiegend auf eine Professionalisierung des Parteiapparats und dessen Arbeit, nicht auf die Parteimitglieder. Die Einbindung externer Experten und Interessengruppen stellt die Verbindung zur Gesellschaft sicher, immer weniger die Parteimitglieder selbst. Nach Münteferings und Machnigs Vorstellungen soll die SPD zu einer von Mandatsträgern dominierten Partei mit nur noch rudimentärer außerparlamentarischer Parteiorganisation entwickelt werden. Ihre Vorstellungen der Netzwerkpartei weisen große Ähnlichkeiten mit den Vorstellungen anderer Parteireformer mit der Rahmen-, Fraktions- oder Medienkommunikationspartei auf. (Niedermayer 2000: 202ff; Scarrow 1996: 210)

Die Beck-Kommission setzt dagegen andere Schwerpunkte. Sie spricht sich sehr bestimmt für den Erhalt der SPD als Mitgliederpartei aus, durch die Öffnung der Partei gegenüber Nicht-

Mitgliedern sollen wieder mehr Menschen an die SPD herangeführt werden. Letzteres wird in Form von satzungsmäßig definierten Gastmitgliedschaften, die weit über bestehende Modelle hinausgehen und dabei auch ältere Vorschläge aufgreifen, umgesetzt.

Alle drei Reformkonzepte versuchen insbesondere eine Antwort darauf zu geben, wie die Funktionsfähigkeit der SPD angesichts enormer Veränderung in Gesellschaft, Parteiarbeit und Mitgliedschaft weiter erhalten und verbessert werden kann. Wie schon bei Bernstein gilt dabei die Einsicht, dass Parteien mit Reformen im Wesentlichen auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, Gesellschaft aber nur zögerlich gestalten.

Thomas Hauf, M. A., ist Referent bei der Stadt Mainz und freier Mitarbeiter des Instituts für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Anmerkungen

¹Dieser Beitrag basiert auf der Magisterarbeit von Thomas Hauf mit dem Titel ‚Parteireform und Mitgliederentscheide. Mitgliederentscheide als Instrument von innerparteilichen Reformen am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‘ aus dem Jahr 2007.

²zur Kritik der Anarchie-These vgl. Leif/Raschke 1994: 189f.

³„Mehr Elemente direkter Demokratie machen die Partei sicherlich auch attraktiver (im übrigen auch glaubwürdiger, denn wir können nicht im Rahmen der Verfassungsdebatte mehr plebiszitäre Elemente einklagen, gleichzeitig die Parteistrukturen aber davon freihalten.“ (Blessing 1993: 227)

Gerd Mielke

Auf verlorenem Posten? Parteien in der Bürgergesellschaft

1 Der ‚gesellschaftliche Klimawandel‘ und das Verhältnis von Parteien und Bürgergesellschaft

Das Verhältnis von Parteien und Bürgergesellschaft¹ hat hierzulande innerhalb der letzten Jahre ein Auf und Ab der öffentlichen Aufmerksamkeit erfahren. So erweckten die nach dem Wahlsieg von Rot-Grün vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ wie auch der in diesem Zusammenhang vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgelegte, übrigens immer noch lesenswerte Aufsatz ‚Die zivile Bürgergesellschaft‘² die Erwartung einer neuen und breiten Hinwendung der Politik zur Bürgergesellschaft und den in ihr verankerten sozialen und kulturellen Ressourcen. Auch die Hoffnung auf einen intensiven Austausch zwischen den Parteien und der lebendigen Heterogenität der Bürgergesellschaft war damit verbunden, aber diese Hoffnung hat sich in den darauf folgenden Jahren bis heute weitgehend verloren, sie spielt in den gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen keine nennenswerte Rolle mehr. Beispielhaft für diesen allgemeinen Bedeutungsverlust ist die weitgehende Eliminierung der bürgerschaftlichen Dimension aus der sozialdemokratischen Programmentwicklung. Bildete das Konzept der „solidarischen Bürgergesellschaft“ noch in dem „Bremer Entwurf“ des sozialdemokratischen Grundsatzzprogramms vom Frühjahr 2007 den zentralen Bezugsrahmen für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD, so ist davon in dem dann auf dem Parteitag im Oktober 2007 verabschiedeten „Hamburger Programm“ nicht mehr viel übrig geblieben.³

Das Verhältnis zwischen Volksparteien und Bürgergesellschaft signalisiert, das wäre dann auch gleich eine erste These, heute kein lebendiges politisches, aber auch gesellschaftliches Reformprojekt mehr wie noch vor fünf, sechs Jahren. Die Beziehung zwischen Parteien und Bürgergesellschaft mit ihren Möglichkeiten, neue Formen der gesellschaftlichen und kulturellen Inklusion, der Teilhabe und der Interessenartikulation zu erproben und bis in die eigentliche politische Arena wirken zu lassen, ist stattdessen wohl gründlich in den Schatten eines anderen, konkurrierenden Reformverständnisses geraten. Dieses Verständnis speist sich aus Vorstellungen einer ökonomischen Optimierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und begreift Reform in erster Linie als eine konsequente Umrüstung der individuellen Lebensentwürfe, aber auch der gesellschaftlichen Architektur auf die vermeintlich unabwendbaren Herausforderungen der Globalisierung, die sich im Verlauf eines immerwährenden Konkurrenzkampfes ergeben. Damit werden zugleich die dem Konzept der Bürgergesellschaft inhärenten Elemente einer vielgestaltigen und auf Teilhabe ausgerichteten gesellschaftlichen und politischen Pluralität, die dann auch auf die Parteien als Repräsentanten dieser Pluralität übergreifen könnte, einer anderen Funktionslogik untergeordnet.

Ich möchte auf dieses, von der Ökonomie geprägte Reformverständnis nicht näher eingehen, sondern mich hier bloß auf einen Hinweis im Zusammenhang mit dem gewissermaßen vom politischen Spielplan abgesetzten Reformprojekt einer neuen Beziehung zwischen Parteien und Bürgergesellschaft beschränken. Bedeutsam ist der Bedeutungsverlust dieses Reform-

projekts vor allem deshalb, weil sowohl die Parteien als auch der zivilgesellschaftliche Bereich sehr häufig unter der allgemeinen atmosphärischen Randbedingung einer hoffnungsvollen, sozialemanzipatorischen Stimmungslage – wenn man so will: unter dem allgemeinen politischen ‚Framing‘, und ihrem gesellschaftspolitischen Mobilisierungseffekt – erheblichen Mitgliederzulauf erfahren haben. Darauf verweist etwa Robert D. Putnam in seiner Studie ‚Bowling Alone‘ am Beispiel der USA der New Deal – Ära.⁴ Aber auch der Mitgliederboom und die damit verbundenen Vitalisierung der beiden großen deutschen Parteien haben sich im Wesentlichen in einem Zeitfenster vom Ende der 1960er bis zur Mitte der 1970er Jahre vollzogen, das durch eine breite sozialemanzipatorische Bewegung geprägt war.

2 Schrumpfende Mitgliederparteien und stabiler Dritter Sektor?

Kommen wir nach diesem Exkurs über gesellschaftlichen Klimawandel zum Verhältnis von Parteien und Bürgergesellschaft im engeren Sinne zurück. Hier zeichnet sich sowohl in den sozialwissenschaftlichen als auch in den politisch-öffentlichen Diskussionen eine vergleichsweise unstrittige Befundlage neben einer im Gegensatz dazu durchaus kontroversen Debatte über die Deutung dieser Befunde ab. Unstrittig ist der Befund einer dramatisch schrumpfenden Entwicklung im Mitglieder- und Organisationsbereich der beiden großen Parteien gegenüber einer weitaus weniger kritischen Entwicklung hinsichtlich der Zahl der Engagierten und der von ihnen in Gang gehaltenen Projekte und Aktivitäten im Bereich der Bürgergesellschaft. Die Kontroversen entzündeten sich an der Frage, ob die Mitglieder- und Organisationserosion der Parteien überhaupt als ein Krisen- oder gar Niedergangssymptom der Parteien gelten soll und – daran anschließend – ob und wie die Parteien und die Aktiven und Projekte der Bürgergesell-

schaft zu einem näheren und auf stärkere Kooperation und Personalaustausch angelegtes Verhältnis finden sollten.

Wie lassen sich in aller Kürze die unstrittigen Befund zur Mitglieder- und Organisationsentwicklung der Parteien skizzieren? Dabei ist zunächst der Hinweis hilfreich, dass die deutschen Parteien ausnahmslos als politische Sprachrohre und Speerspitzen aus gesellschaftlichen Milieus und Subkulturen entstanden sind, die – wie man heute sagen würde – von einem hohen Maß an bürgerschaftlichem Engagement durchwirkt waren. Freilich waren diese Milieus deutlich von einander abgegrenzt und sahen sich zugleich auch gegenüber dem Staat und seinem exekutiven und legislativen Bereich bzw. gegenüber den jeweils anderen Milieus in einer randständigen oder bedrohten Position. Aus diesen Randständigkeits- und Bedrohungsgefühlen entstand die Möglichkeit, politische und soziale Identitäten zu stiften und fortzuentwickeln, indem gemeinsame Interessen vertreten wurden und dieses politische Handeln dann auch wieder aktualisierte Loyalitäten hervorbrachte.

Das Muster einer betont milieuorientierten politischen Interessenvertretung veränderte sich seit den 1960er Jahren durch mehrere, parallel verlaufende soziale und politische Entwicklungen. Auf der gesellschaftlichen Seite kam es im Zuge der Modernisierung der Arbeitswelt und der Säkularisierung zu einer allmählichen Veränderung und teilweisen Auflösung der traditionellen Milieus etwa der kirchlich gebundenen Katholiken oder der klassischen Industriearbeiterschaft. Neue Berufsfelder und Lebensformen, sowie ein erhöhtes Maß an regionaler und sozialer Mobilität vor allem im Generationenzyklus schufen eine Gesellschaftsstruktur, von der die Sozialwissenschaftler und Politiker bis heute nicht genau wissen, ob sie es bei ihren Einschätzungen eher mit Beck oder mit Bourdieu halten sollen, ob sie also eine hochgradig individualisierte oder eine lediglich differenziertere Klassen- und Schichtstruktur vor sich haben.

Auf der Grundlage dieser Gesellschaft haben sich in verschiedenen Schüben überaus umfassende, heterogene und in sich differenzierte Netzwerke bürgerschaftlicher Aktivitäten entwickelt, deren Kategorisierung immer wieder Zuordnungsfragen aufwirft, wie sie etwa bei den beiden bislang durchgeführten Freiwilligen-surveys aufkamen. In jedem Fall jedoch haben die aktiven Bürger, die über die Zeit hinweg relativ stabile organisatorische Struktur und die damit verbundene Professionalisierung einen eigenständigen Dritten Sektor entstehen lassen.

Auf der politischen Seite hat sich in den zurückliegenden vier Jahrzehnten eine deutliche und beschleunigte Abkehr von dem Typus der vormaligen Milieuparteien vollzogen. Bei allen Unterschieden im Einzelnen haben sich die Parteien insgesamt vor allem auf den im engeren Sinne politischen Bereich konzentriert, d.h. sie haben sich auf allen Ebenen des politischen Systems vor allem auf die professionelle Durchführung von Wahlkämpfen und Kampagnen einerseits und die professionelle Bewältigung von Gesetzgebungs- und Regierungsaufgaben spezialisiert. Dennoch ist in allen deutschen Parteien das Verhältnis zu ihrem gesellschaftlichen Vorfeld und Umfeld nach wie vor kein abgeschlossenes Kapitel, erheben sie doch ausnahmslos immer noch den Anspruch, neben vielem anderen auch Mitgliederparteien sein zu wollen.

Das Konzept der Mitgliederpartei⁵ verweist auf zwei Definitionselemente, die beide wiederum ihrerseits die Frage der gesellschaftlichen Verankerung der Partei über ihre Mitglieder aufwerfen. Auf der einen Seite setzt das Konzept der Mitgliederpartei die Fähigkeit der Partei voraus, im quantitativen Sinne Mitglieder in ausreichendem Maße zu rekrutieren, wobei man über dieses ausreichende Maß sicher im Einzelfall streiten kann. Zum andern jedoch sind Mitgliederparteien dadurch gekennzeichnet, dass elementare Leistungen und Funktionen der Partei durch die Mitglieder erbracht werden oder

unter ihrer Mitwirkung oder unter Rücksichtnahme auf sie zustande kommen.

Der Parteienforscher Elmar Wiesendahl hat diese gestalterische Rolle der Mitglieder bei der Entwicklung der Parteipolitik auf drei Bereiche hin zugespitzt. Er umschreibt zunächst eine Reihe von demokratischen Exklusivrechten bei der Elitenauswahl und der Kursbestimmung der Partei. Er verweist sodann auf die organisatorische Nutzung von Mitgliedern für die verschiedenen Kampagnen. Wiesendahl spricht schließlich von einer mitgliederbezogenen Programmorientierung der Parteien, bei der das Elitenhandeln sich an der Zustimmung und Unterstützung der Mitglieder zu orientieren hat.

Die Kombination dieser beiden Definitionsmerkmale der Mitgliederpartei, also die ausreichend große Zahl von Mitgliedern und eine ausreichende Mitwirkungsmöglichkeit, konstituiert einen prinzipiellen Übertragungsmechanismus aus dem gesellschaftlichen Umfeld und den Problemen und Interessen dort in die Parteien hinein. Über diesen Mechanismus könnten sich bürgerschaftliche Impulse in das Parteileben einspeisen, natürlich neben einer unmittelbaren politischen Einflussnahme der bürgerschaftlich Engagierten als Interessenvertreter gegenüber den staatlichen Instanzen. Die Tücke, wenn man so will, besteht nun darin, dass dieser Übertragungsmechanismus bei den deutschen Parteien, vor allem bei den beiden Großparteien, seit geraumer Zeit Schäden aufweist. Die Parteien – und das wäre dann eine zweite These – verlieren zunehmend ihre Fähigkeit und Bereitschaft, als lebendige Mitgliederparteien neue thematische und stilistische Impulse aus dem gesellschaftlichen Umfeld aufzunehmen.

Dies stetig wachsende Defizit ist vor allem seit Ende der 1970er Jahre, Anfang der 1980er Jahre mit einem kontinuierlichen Mitgliederschwund verbunden. War die Zahl der Parteimitglieder der Bundestagsparteien von 1968 bis 1983 von 1,15 Millionen um fast 800000 auf den Spitzenwert von 1,94 Millionen angestie-

gen, so kamen anlässlich der deutschen Vereinigung bis Ende 1990 noch einmal kurzfristig 389000 Mitglieder der früheren DDR-Parteien hinzu. Wir kommen zu diesem Zeitpunkt also auf 2,27 Millionen Mitglieder der Bundestagsparteien.

Seither herrscht in Deutschland jedoch eine galoppierende Mitgliederrezession. Ende 2005 zählen wir nur noch rund 1,49 Millionen Mitglieder. Wir verzeichnen also einen Rückgang von rund 36 Prozent in etwas mehr als eineinhalb Jahrzehnten. Die Sozialdemokraten hat es dabei besonders bitter getroffen. Ihr Mitgliederbestand ist seit 1990 von 943000 auf rund 545000 gesunken, und ein Ende dieses Mitgliederschwunds ist nicht in Sicht.

Dabei ist nicht der schrumpfende Mitgliederbestand als solcher das vorrangige Problem, sondern die darin zum Ausdruck kommende Rekrutierungsschwäche vor allem im Bereich jüngerer Menschen oder – anders formuliert – die fortschreitende Überalterung der Mitgliederbestände gerade auch der beiden Volksparteien. Damit ist ein struktureller Verlust an Lernfähigkeit und Lernbereitschaft verbunden; die innerparteilich gepflegten und diskutierten Weltbilder und Problemlagen treten in einen immer größeren Widerspruch zu den Diskursen im gesellschaftlichen Umfeld.

In beiden Großparteien bewegt sich der Anteil der bis 30-Jährigen seit der Jahrtausendwende auf etwa 5 Prozent. Hingegen steigt der Anteil der über 60-Jährigen kontinuierlich an; 2004 lag er mit steigender Tendenz bei etwa 45 Prozent. In der SPD gab es Ende 2004 5752 Parteimitglieder bis 21 Jahre, aber 127574 über 70-Jährige. Die SPD verfügt also über 22 Mal so viele Betagte über 70 als Jugendliche bis 21.

Aber natürlich sind das alles insofern noch sehr optimistische Zahlen, als sie nichts über die wirkliche Beteiligung der Mitglieder und damit über die Wirkung des Mitgliederschwunds auf die Organisation und ihre Funktionsfähigkeit aussagen. Die Einschätzungen des tatsäch-

lichen Anteils der Aktivisten, die zu Versammlungen kommen oder an Kampagnen mitwirken, bewegen sich zwischen 10 und 25 Prozent, wobei der letztere Wert auf der Grundlage einer sehr weichen Frageformulierung in einer Studie über Parteimitglieder in Stuttgart ermittelt wurde.⁶

Überträgt man diesen Mitgliederschwund aus der Statistik der Parteihauptquartiere in die organisatorische Wirklichkeit der Parteigliederungen in der Fläche, so lässt sich die heraufziehende Gefahr der Auszehrung noch viel deutlicher erkennen. Im November 2006 legte der für die Mitglieder- und Organisationsentwicklung zuständige Referent im Willy-Brandt-Haus seinem Parteivorsitzenden Kurt Beck Besorgnis erregende Befunde nach einer genaueren Durchsicht der Bestände in einem vertraulichen, vom SPIEGEL zitierten Vermerk vor. „Lieber Kurt“, so schreibt er, „bei unseren Recherchen sind wir auf überraschende Ergebnisse gestoßen: ... wir haben derzeit nur noch 9300 Ortsvereine (offiziell sprechen wir immer noch von ca. 12000 OV); weit mehr als die Hälfte aller Ortsvereine haben weniger als 50 Mitglieder; nur noch 427 Ortsvereine haben mehr als 200 Mitglieder; 1624 Ortsvereine haben seit 5 Jahren und länger keine Neumitglieder mehr gewonnen; nur noch 15 Ortsvereine haben in den letzten 5 Jahren kontinuierlich 10 Mitglieder oder mehr gewonnen, das sind 0,16% aller Ortsvereine.“

Mit anderen Worten: Weite Teile der SPD-Organisation haben seit langen Jahren keine Neumitglieder mehr zu verzeichnen; ein wachsender Anteil der Ortsvereine besteht nur mehr als Geisterarmeen auf dem Papier fort, weil die Ortsvereins-Aktivitäten fast vollständig zum Erliegen gekommen sind.

Bei dieser knappen Skizze der Mitglieder- und Organisationsentwicklung der Parteien lasse ich bewusst die noch einmal ganz besonders prekäre Situation der Parteien in Ostdeutschland außer Betracht.⁷ Hier hat sich nach einer

kurzen Übergangsphase, in der die vormaligen Blockparteien noch fortbestanden, bisher überhaupt keine dem Westen vergleichbare Landschaft aus Mitgliederparteien entwickeln können. Die Parteien müssen sich jeweils nur auf wenige Tausend Mitglieder stützen und können kaum ihren Funktionen nachkommen.

Über die Ursachen für diesen Mitgliederschwund ist viel spekuliert worden. In den letzten Jahrzehnten lassen sich dabei vier einzelne Faktoren in ihrer Wirkung identifizieren. Dies sind zum ersten die eingangs schon erwähnte Erosion der klassischen Milieus und die damit bisweilen verbundene gesteigerte Individualisierung. Zum zweiten haben seit den 1970er Jahren ein Ansteigen des Bildungsniveaus und ein tief greifender Wertwandel zu neuen, eher spontanen und direktdemokratischen Teilhabeformen geführt, die quer stehen zu der zumeist immer noch sehr starren Organisationskultur der Parteien. Dies bezieht sich auf die qualitative Dimension der Mitgliederparteilichkeit als definitives Kriterium von Mitgliederparteien. Wer heute einer Organisation beitreten möchte, erwartet ein Spektrum direktdemokratischer Teilhabemöglichkeiten, auch wenn er sie dann selbst gar nicht aktiv in Anspruch nimmt. Viele jüngere Neumitglieder erleben bei ihren ersten Begegnungen mit den verknöcherten Ritualen des Parteilebens einen Kulturschock und ziehen sich befremdet zurück; in den Parteizentralen spricht man diesbezüglich vom ‚Säuglingssterben‘.

Drittens hat auch das Vordringen neuer Massenmedien wie Privatfernsehen und Internet zumindest in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zu einer politischen Demobilisierung geführt, die sich auch im Blick auf die Parteimitglieder bemerkbar macht. Daraus hat sich in der Summe eine Anreizschwäche der Parteien ergeben, die durch zusätzliche Skandale oder politisch-ideologische Schwenks den Eintritt vor allem jüngerer Menschen in die Parteien verhindert. Sie ist zugleich Teil einer umfassenden Vertrauenskrise der Parteien in den letzten Jahr-

zehnten. Hatten in den 1980er Jahren noch rund 50 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Parteien, so ist dieser Anteil mittlerweile auf knapp 10 Prozent abgesunken.

Dies lässt sich in einer dritten These zusammenfassen: Parteien sind für die meisten jüngeren Deutschen nicht nur eigentümlich fremdartige Organisationen, sie stehen auch in einem schlechten Ruf, was wiederum den Anreiz, sich in Parteien zu engagieren, weiter abmildert und eine stabile Abkopplungsschleife erzeugt.

Wenn wir nun die Reaktionen auf diese Entwicklungen betrachten, dann betreten wir den kontroversen Sektor. Es fällt nämlich auf, dass die dramatische Schwächung der Parteien als Mitgliederpartei weder in der Parteienforschung noch in den Parteien selbst durchweg als Krise interpretiert worden ist. In einer ganzen Reihe von politikwissenschaftlichen Studien ist der Schwund der Mitglieder nicht so sehr als Krise, sondern als langfristiger Ressourcenwandel beschrieben worden, bei dem die Mitglieder eben Zug um Zug durch andere Ressourcen wie staatliche Parteienfinanzierung, professionelle Kampagnenhelfer und wissenschaftliche Institute substituiert werden. Das hat in der Literatur auch zu einer Reihe alternativer Parteikonzepte geführt wie Rahmen-, Fraktions-, Medien- und Netzwerkpartei oder – so das derzeit populäre Konzept von Katz und Mair – die so genannte Kartellpartei.⁸ All diesen Vorstellungen ist gemeinsam, dass Mitglieder keine besondere Rolle mehr spielen und weitgehend durch andere Ressourcen und professionelle Spezialisten innerhalb und außerhalb der Parteien ersetzt werden. Wenn auch Wiesendahl und Katz und Mair durchaus zu Recht darauf hinweisen, dass man sich – gerade angesichts der deutschen Traditionen der Parteienkritik – bei den kritischen Würdigungen der Parteientwicklung nicht vorschnell auf eine Niedergangsrhetorik festlegen solle, so bleibt doch ebenso festzustellen, dass bei den typologischen Neuschöpfungen von Rahmen-, Medien- und Kartellparteien in aller

Regel lediglich die nationale Ebene der Parteipartizipation in den Blick genommen wird. Schon die Einbeziehung der gerade auch in der Bundesrepublik bedeutsamen Länderebene macht offenkundig, dass hier die neuen Parteitypen und die mit ihnen verbundenen Professionalisierungstendenzen nur in sehr schwachen Ansätzen ausgeprägt sind – von der kommunalen Ebene ganz zu schweigen.

Die wissenschaftliche Kontroverse ist begleitet worden auch von Kommentaren aus den Parteispitzen selbst, die sich in der Mehrzahl zum Mitgliederschwund ebenfalls eher undramatisch geben. Die SPD hat seit dem Vorsitz von Björn Engholm drei Parteireformrunden⁹ durchlaufen – die letzte unter dem Vorsitz des damaligen Stellvertretenden Vorsitzenden Kurt Beck.

In diesen Runden sind zwar die hier skizzierten Probleme durchaus profund diskutiert worden, aber sie haben nicht zu wirklichen und wirksamen innerparteilichen Reformschritten geführt. Deshalb füge ich auch hier ganz schnell eine vierte These ein. Sie besagt, dass die Parteiführungen selbst ein nur marginales Interesse an Reformen gegen die Auszehrung der Mitgliederparteien haben, weil sie selbst in ihrer herausgehobenen Position genau von den zuvor umrissenen Schwächen profitieren und verständlicherweise nicht durch Reformen den Ast absägen wollen, auf dem sie sitzen. Bislang haben sich weder in der Union noch in der SPD ein konkreter Reformwille oder gar die Figur eines Reformpapstes abgezeichnet, der hier notwendige Änderungen durchsetzen wollte und könnte.

3 Sozio-kulturelle Mitgestaltung und Parteienmitgliedschaft

Selbst wenn man die Befunde der beiden bisherigen Freiwilligensurveys von 1999 und 2004¹⁰ aus methodischen Gründen einer leichten Überschätzung des Engagements für verdächtig hält,

so sind im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements doch keine derartig dramatischen Schief lagen und Verzerrungen erkennbar, wie sie sich in den letzten drei Jahrzehnten im Bereich der Parteien entwickelt haben. Das bürgerschaftliche Engagement ist ein relativ verlässlicher Spiegel der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Problemlagen der Bundesrepublik.

Zwischen 1999 und 2004 ist der Anteil der in Vereinen, Gruppen und Organisationen aktiv Beteiligten von 66% auf 70% angestiegen; die nicht Beteiligten bilden 2004 nur noch einen Anteil von 30%. Vor allem aber zeichnet sich in den Befunden der beiden Freiwilligensurveys nicht die für die Parteimitgliedschaft typische Generationenlücke im Blick auf die Jüngeren ab. Zwar liegt auch im freiwilligen Engagement die höchste Quote der aktiven Teilhabe in den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren, aber die jüngeren Altersgruppen fallen demgegenüber nicht wirklich signifikant ab. Vor allem aber hat sich über alle Bereiche des freiwilligen Engagements eine ‚Kultur der Mitbestimmung und Mitgestaltung‘ entwickelt, die in einem deutlichen Gegensatz zu den formalisierten und ‚alten‘ Teilhaberegeln in den Parteien steht. 2004 wollen 66% der Engagierten die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten, und 21% sehen in diesem Engagement auch eine Form von politischem Engagement.¹¹

Die Folge dieser ungleichen Entwicklungs- und Problemstände ist, so die fünfte These, dass die Parteien in weit höherem Maße auf Anschluss an die Strukturen bürgerschaftlichen Engagements zum Zweck der eigenen sozio-kulturellen Regeneration angewiesen sind als umgekehrt die Parteien einen attraktiven Partner für den bürgerschaftlichen Bereich abgeben. Sofern die bürgerschaftlich Aktiven den Kontakt zum politischen Bereich suchen, erscheint es deshalb in kurz- bis mittelfristiger Perspektive weitaus sinnvoller, diesen mit der Sphäre der – wenn man so will – verstaatlichten

Politik zu knüpfen. Hier lässt sich auf allen Ebenen eine gezielte Lobby- und Interessenpolitik für die jeweils spezifischen Belange der Verbände und Organisationen betreiben, und alle einschlägigen Untersuchungen zeigen, dass sich ja hier auch entsprechende Wünsche und Forderungen an die staatlichen Instanzen fortlaufend entwickelt haben.

Es gibt allerdings – und das wäre eine sechste These – auch ein durch bedenkenswertes, eher auf die langfristigen Interessen des bürgerschaftlichen Engagements abzielendes Motiv, die Parteien als graue, ausgemergelte Mäuse wieder mit mehr Aufmerksamkeit und Teilhabe zu bedenken. Interessen- und Lobbypolitik etwa gegenüber Kommunen oder Ländern bewegt sich notgedrungen und einzelfallbezogen stets in einer je spezifischen Haushalts- und politischen Prioritätenkulisse, die selbst als Grundlage und Rahmen der Lobbyerfolge kurzfristig nicht mehr zu beeinflussen ist, sondern eher langfristiger politischer Landschaftspflege bedarf. Auf diesem strategisch bedeutsamen Feld können sich die Interessen von Parteien und zumindest eines Teils der bürgerschaftlich Engagierten treffen und ergänzen.

Hier auch langfristig auf einen günstigeren politischen Gesamtrahmen einzuwirken, indem man die Spezifika bürgerschaftlichen Engagements in eine umfassende ideologische Begründungskulisse einfließen lässt – sei dies nun aus liberaler, konservativer oder eher sozialdemokratischer Sicht –, lässt auch aus bürgerschaftlicher Sicht eine Annäherung an die derzeit so unattraktiven Parteien als eine recht rationale Teilstrategie bürgerschaftlichen Engagements erscheinen. Auf diese Weise könnte sich eine wechselseitige Stärkung und Durchdringung von Parteien und bürgerschaftlichem Bereich ergeben, die beiden in hohem Maße nützen kann.

Beziehen wir all diese Entwicklungen im Mitglieder- und Aktivistenbereich auf das Verhältnis von Parteien und Bürgergesellschaft, so zeichnen sich zwei sehr unterschiedliche Sphä-

ren der politischen Organisation und Teilhabe ab. Auf der einen Seite ein recht erschöpftes, seine sozio-kulturelle Integrationsfähigkeit zunehmend verlierendes Parteiensystem, auf der anderen Seite ein wesentlich lebendigeres, immer neue Triebe und Äste entwickelndes, hochgradig differenziertes System des bürgerschaftlichen Engagements.

4 Vorschläge zur Verbesserung des Verhältnisses von Parteien zur Bürgergesellschaft

Alle Appelle an die Parteien, sich dem bürgerschaftlichen Bereich zu öffnen, werden – lautet These sieben – ungehört verhallen, wenn diese Öffnung nicht als plausibler Teil einer aus höchst eigennütigen Anpassungs- und Überlebensstrategien angetriebenen Parteireform begriffen und organisiert werden kann, die auch zu der derzeit so sehr im Mittelpunkt stehenden Kampagnenfähigkeit einen konstitutiven Beitrag leisten kann. Mit anderen Worten: Es darf bei diesem Öffnungsmanöver nicht – wie bisher – in erster Linie um die wohlwollende Förderung der Freiwilligen und Ehrenamtlichen gehen, sondern das aus der Sicht der Parteien eigennützige Ziel einer verbesserten Funktionstüchtigkeit der Parteiorganisation sollte der Antrieb dieses Reformprojekts sein. Die Erosion der Mitgliedschaft, die Minderung der organisatorischen Lernfähigkeit, die immer stärker fortschreitende Abkopplung und Re-Feudalisierung der Parteispitze und schließlich eine kaum noch zu kontrollierende, unendlich kostspielige Professionalisierung der politischen Kommunikation und Politikentwicklung vor allem auf der Bundesebene – zu Lasten der Ebenen darunter –, all diese Fehlentwicklungen gilt es durch Gegengewichte auszugleichen, die auf einen engeren Austausch zwischen den Parteien und ihrem bürgerschaftlichen Umfeld hinauslaufen.¹²

Hier ist eine Fülle von satzungsmäßigen und organisatorischen Schritten denkbar und sinnvoll; drei Maßnahmen sollten jedoch unbedingt angestrebt werden.

a) *Reform des traditionellen Mitgliederkonzepts*. In Zeiten erhöhter Mobilität und Flexibilität sollten die Parteien neue Modelle von befristeten und flexiblen Mitgliedschaften entwickeln und sich somit den flexiblen und spontanen Teilhabeformen der Gegenwart öffnen. Eine „Amerikanisierung“ in diesem Sinne könnte die Parteien von einem Aufbewahrungsort für unzählige Karteileichen hin zu einer thematisch und zeitlich immer wieder differenziert zu mobilisierenden Aktivistenpartei verändern. Dabei sollten freilich die „neuen“ Mitglieder nicht durch eingeschränkte Mitgliedsrechte diskriminiert werden, wie dies bisher bei den zuweilen praktizierten „Schnuppermitgliedschaften“ geschieht. All dies muss selbstverständlich mit den formalen Anforderungen des Parteiengesetzes in Übereinstimmung gebracht werden, aber das ist keine unlösbare Aufgabe.

b) *Bonus-Systeme für Mitgliederzuwachs und Wählerzuwachs bei der Festlegung von Delegiertenschlüsseln und Finanzzuweisungen*. Mit diesen Maßnahmen würde es für lokale Parteigliederungen und ihre Eliten wieder attraktiv, neue Mitglieder im oben beschriebenen Sinne zu werben und in die Arbeit ihrer Organisationen zu integrieren. Hierbei steht das amerikanische Prinzip von „bonus delegates“ und „super delegates“ Pate, das Erfolge bei der Aktivisten- und Wählerrekrutierung belohnt und den lokalen und regionalen Parteigliederungen insgesamt ein aggressives Marktverhalten nahelegt. Mitglieder zu rekrutieren und Wahlen zu gewinnen, muss dementsprechend zu wichtigen Aufgaben von Parteieliten werden, und zugleich wird dadurch die Verknüpfung mit dem gesellschaftlichen Umfeld verstärkt.

c) *Direktwahlen von Vorsitzenden durch die Mitglieder*. Dieser Schritt würde die Parteiführungen insgesamt zu einer stärkeren Hinwen-

dung zu den Mitgliedern bewegen und die ungeliebten Re-Feudalisierungstendenzen der letzten Jahre stoppen. Abgesehen von den Ankopplungseffekten an das gesellschaftliche Umfeld hätten diese Wahlen auch andere wichtige innerparteiliche Funktionen. Sie würden innerparteiliche Konflikte ritualisieren, was nicht nur auf die Etablierung von Konflikt Ritualen, sondern auch auf Rituale von Versöhnung und Integration von Unterlegenen und Minderheiten hinausläufe. Vor allem aber wären auf der Grundlage einer auf handfeste innerparteiliche Mehrheiten ausgerichteten, strikt ritualisierten Auseinandersetzung politisch-programmatische Verirrungen, wie sie sich unter Gerhard Schröders Agenda-Politik oder Angela Merkels Ausrichtung auf die Leipziger Grundsätze zum Schaden der beiden großen Parteien vollzogen, zumindest erschwert. Es ist durchaus bezeichnend, dass die jeweils eher improvisierten, innerparteilichen Personalplebiszite – wie das konsultative Mitgliedervotum für die Nachfolge von Björn Engholm in der SPD 1993 und die beiden landespolitischen Mitgliedervoten der CDU in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – zu großen innerparteilichen Beteiligungsraten und zu intensiven Richtungsdebatten geführt haben.

In ihrer Summe zielen diese Maßnahmen und andere, flankierende Schritte – wie etwa Quoten für Kandidaten aus dem bürgerschaftlichen Bereich auf den Kommunalwahllisten – auf eine verstärkte innerparteiliche Pluralisierung, auf die Einbeziehung neuer Aktivisten in das Parteileben und in die Politikformulierung und auf die Erhöhung der politischen Responsivität der Parteieliten gegenüber gesellschaftlichen Befindlichkeiten und Interessen. Natürlich werden auch diese Reformschritte nicht alle Nöte der Parteien beheben können und die Parteien im Handumdrehen in strahlende Fixpunkte am politischen Firmament der Bundesrepublik verwandeln. Aber ein wichtiger Schritt zur Revitalisierung der Mitgliederparteien wäre zweifel-

los gemacht; die Parteien hätten wieder Boden unter den Füßen.

Dr. Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg – Universität Mainz und Mitglied der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg.

Anmerkungen

¹Als grundlegende Darstellung des ideengeschichtlichen und demokratietheoretischen Hintergrunds der Bürgergesellschaft siehe: Ansgar Klein: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen*. Opladen 2000.

²Gerhard Schröder: *Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft*, in: Thomas Meyer, Reinhard Weil (Hrsg.): *Die Bürgergesellschaft*. Bonn 2000, 185-194. Dieser Beitrag löste in der sozialdemokratischen Programmzeitschrift *„Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“* eine umfangreiche, die so genannte *„Schröder-Debatte“* zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements aus.

³Siehe hierzu: Gerd Mielke: *Die Solidarische Bürgergesellschaft – neues Leitbild oder Leerformel?* in: *Berliner Republik*, 3/2007, 64-66.

⁴Robert D. Putnam: *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York 2000, 367 ff.

⁵Eine systematische Darstellung des Konzepts und der einschlägigen Diskussionen der Parteienforschung findet sich bei: Elmar Wiesendahl: *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*. Wiesbaden 2006. Die hier referierten Mitgliederzahlen sind Wiesendahls Buch entnommen; eine jeweils aktualisierte Statistik der Mitgliederentwicklung der deutschen Parteien findet sich in den jährlichen Zusammenstellungen von

Oskar Niedermayer in der Zeitschrift für Parlamentsfragen.

⁶Siehe hierzu: Domago Caleta, Eusebia Cochliariidou, Ananda Milz: *„Innerparteiliche Partizipation“*. In: Melanie Walter-Rogg, Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt*. Wiesbaden 2004, 49-68.

⁷Siehe hierzu den Beitrag von Steffen Schoon über die Parteien in Ostdeutschland in diesem Heft.

⁸Richard S. Katz, Peter Mair: *„Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party“*, in: *Party Politics*, 1/1995, 5-28.

⁹Siehe hierzu den Beitrag von Thomas Hauf in diesem Heft.

¹⁰Einen Überblick über die Entwicklung liefert: Thomas Gensicke, Sibylle Picot, Sabine Geiss: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Wiesbaden 2006.

¹¹Zu den hier zitierten Daten siehe Gensicke et. al., *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*, 13-33.

¹²Siehe hierzu einige Klärungsversuche aus den letzten Jahren mit besonderer Berücksichtigung der SPD-Entwicklung: Gerd Mielke: *„Mehr Demokratie wagen! SPD-Führung im partizipatorischen Zeitalter“*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/1997, 38-47; ders.: *„Sozialdemokratie und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer komplizierten Beziehung“*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2001, 701-710; ders.: *Parteien zwischen Kampagnenfähigkeit und bürgerschaftlichem Engagement“*. In: *Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*. Opladen 2003, 157-166.